

BAGP-Rundbrief 2.20

Koordinierungsstellen der Patientenbeteiligung auf Landesebene

Trotz der Ausführungen im MDK Reformgesetz (Oktober 2019) zur Unterstützung von Koordinierungsstellen / Stabstellen auf Landesebene gibt es keine nennenswerten Veränderungen. Noch immer arbeiten in den meisten Ländern die KoordinatorInnen ehrenamtlich. Die BAGP engagiert sich für die Schaffung von Klarheit zu den Ausführungen des §140 f SGB V im G-BA (KooA Bund), in Gremien und in der Politik. Auch im Rahmen der Stellungnahme zum Referentenentwurf des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (GVWG) fordern wir das BMG auf, die Patientenbeteiligung strukturell und finanziell zu stärken. Die BAGP Stellungnahme zum GVWG vom 12.11.2020 findet sich auf der Homepage der BAGP: www.bagp.de.

Unabhängige Patientenberatung (UPD)

Seit Monaten arbeiten wir mit sehr viel Engagement und Leidenschaft am Konzept zur Fortentwicklung einer patientenzentrierten, gemeinnützigen neuen UPD. Nach der Anhörung im Gesundheitsausschuss des Bundestages wurden weitere Gutachten in Auftrag gegeben, die klären sollten, wie eine künftige UPD auf sicheren Boden gestellt werden kann. Die BAGP kämpft für eine neue UPD aus Überzeugung, weil wir für die Ratsuchenden eine starke patientennahe Beratungseinrichtung brauchen, die unabhängig, neutral, vertrauenswürdig, qualitätsgesichert, patientennah und regional verankert ist. Unser favorisiertes zukunftsfähiges Modell soll dabei nicht nur die individuellen Patientenbelange klären, sondern sich auch mit der Patientenbeteiligung und der bzw. dem sicheren Patienteninformation (-portal) unter einem Dach befinden, z. B. im Rahmen einer gemeinnützigen Patientenstiftung. Derzeit gibt es zahlreiche Aktivitäten auf der Bundes- und Landesebene für

die UPD 2023. Mittlerweile haben die maßgeblichen Patientenorganisationen eine gemeinsame Erklärung abgegeben (s.u.). Außerdem hat der wissenschaftliche Beirat der UPD ebenfalls sehr detaillierte Vorstellung zur Neuauflage der UPD abgegeben.

Weitere Informationen zu unseren Forderungen finden sich auf der Homepage der BAGP (www.bagp.de) und unter: <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/118808/UPD-Patienten-rufen-Politik-zum-Handeln-auf-Union-signalisiert-Umbau>

Antrag der PatV erfolgreich: Parodontitis- Behandlung wird ganz neu als Kassenleistung definiert

Nach ziemlich genau sieben Jahren kann die Patientenvertretung im Dezember einen großen Erfolg für sich verbuchen. Die Parodontitisbehandlung wird für Kassenpatient*innen in einer neuen Richtlinie ganz neu definiert. In Zukunft wird es ein ausführliches Aufklärungsgespräch über die Erkrankung, eine intensive Vorbehandlung und eine Nachsorge geben, die diesen Namen verdient. Nach jahrelangen Diskussionen konnte die Patientenvertretung unter Mitarbeit unseres Sprechers, Gregor Bornes, die Krankenkassen und die Zahnärzteschaft überzeugen, die Mitwirkung als Voraussetzung für eine Behandlung komplett aus der Richtlinie zu streichen. Damit endet die für viele Patient*innen sehr ärgerliche Problematik, dass man bisher oft eine Professionelle Zahnreinigung privat bezahlen musste, bevor die Behandlung losgehen konnte. Die Regelung tritt ab Juli 2021 in Kraft.

Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen (BAGP)

Astallerstr. 14
80339 München

TELEFON
089 / 76 75 51 31

FAX
089 / 725 04 74

web: www.bagp.de
mail:mail@bagp.de

Sprechzeiten:
Di - Do 13 - 14 Uhr
und AB



B
A
G
P

Kurzprofil

Seit 1989 bündeln PatientInnenstellen und -Initiativen bundesweit ihre Ressourcen und Kompetenzen, um als BAGP effektiver handeln zu können. Kern der Arbeit ist die Information, Beratung und Beschwerdeunterstützung von Versicherten und PatientInnen bei gesundheitlichen Fragen und Problemen mit Institutionen oder Anbietern im Gesundheitswesen.

Zentrales Ziel der BAGP ist ein soziales, solidarisches, demokratisches, nicht hierarchisches Gesundheitssystem, in dem PatientInnen und Versicherte gleichberechtigte PartnerInnen sind. Die BAGP setzt sich gemeinsam mit anderen Patientenorganisationen und weiteren BündnispartnerInnen für dieses Ziel ein.

Woche zur gesunden Entwicklung – WogE 2020



Bereits zum 5. Mal veranstaltete die Gesundheitsakademie e. V. im September 2020 diese einwöchige Weiterbildung, die in einigen Bundesländern als Bildungsurlaub anerkannt ist. In der einzigartigen Umgebung auf

der Insel Langeoog ging es dieses Jahr um „Gesunde Geschichte(n) in stürmischen Zeiten“.

Referate, Beiträge und Diskussionen vormittags gaben Impulse für die „Geschichten“ am Nachmittag. Der Antrieb war, der tradierten Geschichte ein neues Narrativ entgegenzusetzen, das neben den Bedrohungen unseres Lebens und unserer Gesundheit vor allem von ermutigenden und hoffnungsvollen Perspektiven erzählt. Die Lehren aus der jetzigen Coronakrise sollen im Alltag und Beruf und für die notwendige Gesundheitswende genutzt werden.

Jeder Tag hatte demzufolge ein eigenes Thema entlang den Orientierungspunkten von Gesundheit: sozial, gerecht, ethisch, empathisch, ökologisch, nachhaltig. Davon ausgehend wurden die Beiträge entlang folgender Fragen diskutiert:

- * „Gesundheit gut und günstig – Gesundheit durch mehr Medizin?“
- * „Wie wollen wir leben – nachhaltig, gesund und solidarisch?“
- * „Wie Wissen in Kopf und Herz gelangt und Taten und Haltung bewirkt?“
- * „Wie im Hier und Jetzt gute Zukunft beginnt: lokal, regional, global?“

Eine Besonderheit dieses Jahr war, dass alle Beiträge und Geschichten filmisch festgehalten wurden, um letztlich in Videoclips über die WogE zu münden. Damit einhergehend das Thema des letzten Tages:

„Wie aus Geschichten Wirklichkeit wird, wie erzählen und handeln?“

Sich auf der Insel Langeoog mit anderen auszutauschen über gesundheitsförderliche

Strategien, Themen zu vertiefen und Inspiration zu finden für die Arbeit vor Ort, ist eine Auszeit der besonderen Art. Ich empfand die „Woche zur gesunden Entwicklung“ sehr bereichernd in vielerlei Hinsicht: interessante Beiträge, „packende“ Diskussionen und natürlich das Flair und das Erleben der Insel, was Kopf, Herz und Füße in Bewegung brachte!

Die WogE wird es auch nächstes Jahr wieder geben. Der Termin zum Vormerken: 5. 9. – 9. 9. 2021. Wir werden uns voraussichtlich einem Thema widmen, welches schon vor über 20 Jahren auf der Hauptagenda der Gesundheitsakademie stand: „Macht.Geld.gesund?“

miiConsent: Partizipative Weiterentwicklung von Einwilligungsbögen und -prozessen

Dieses Jahr kam das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt mit dem klangvollen Namen „Modulares Ikonographisches Informiertes Einverständnis“ (miiConsent) inhaltlich zum Abschluß. Besonders dabei war der partizipative Forschungsansatz, bei dem Forschungs-Laien aktiv miteinbezogen werden. Dies erfolgte durch die Gründung eines Experten(Projekt-)beirats, der aus Patientenvertretern der Patientenorganisationen nach § 140f SGB V besteht.

Die BAGP war über den Gesundheitsladen München vertreten.

Ziel des Projekts war, die Transparenz und Effektivität von Informed Consent (IC) -

Dokumenten und Einwilligungsprozessen für Patientinnen und Patienten und Teilnehmende an Forschungsprojekten zu verbessern. Dies wurde zum einen durch Modularisierungen und Visualisierungen der Einwilligungsbögen erreicht. Anhand einer manuellen und einer semi-automatisch-computergestützten Analyse wurden strukturelle Ähnlichkeiten und fallspezifische Unterschiede von ICs identifiziert und daraus Klassifikationssysteme erstellt, die durch eine modulare Informationsaufbereitung die Verständlichkeit von ICs verbessern.

Andererseits wurde der Einwilligungsprozess mit seinen Beteiligten einer philosophisch-ethischen Analyse unterzogen, um Stellschrauben für Verbesserungen in der Praxis zu identifizieren. Eine Interviewstudie fragte nach den Erfahrungen, Bedürfnissen und Wünschen von am IC-Prozess Beteiligten. Erste Ergebnisse zeigen, wie wichtig strukturelle Rahmenbedingungen (Zeit, angenehme Atmosphäre) sowie das Beziehungsgeschehen zwischen Aufklärenden und Einwilligenden, aber auch weiteren Beteiligten (Pfleger, Angehörige) sind und welchen Einfluss es auch auf das Verständnis von Informationen hat. Neben Umgang mit Fakten-Wissen, z. B. zu Risiken einer Maßnahme, sind auch unbewusste oder emotionale Prozesse maßgeblich, die bisher in bestehenden Modellen und der Praxis zu wenig Beachtung finden.

Der Entscheidungsprozess hinter der formal rechtlichen Einwilligung kann als dynamischer, ganzheitlicher Willensbildungsprozess gefasst werden. Gezielte Fragen des Aufklärenden sowie der Austausch mit Dritten – beispielsweise mit Patienten-Beratungsstellen - können helfen, noch implizite Bedürfnisse der Einwilligenden in ihrer individuellen Situation zu erfragen, explizit zu machen und zu adressieren.